

# Im Kanton Zürich sollen Kopftücher an den Schulen verboten werden

Die Zürcher SVP bringt ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen und Schülerinnen aufs Tapet. Die Parteien reagieren ambivalent.



**Pascal Unternährer**

Publiziert: 24.11.2025, 20:06



Beschäftigt die Politik immer wieder: Verbot von Kopftüchern an den Schulen.

## In Kürze:

- Die Zürcher SVP fordert ein Kopftuchverbot für Schülerinnen und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen.
- Im Kanton St. Gallen wurde einer Lehrerin mit Kopftuch auf Druck von Eltern vor dem Stellenantritt gekündigt.
- Die Regelungen zu religiösen Symbolen an Schulen unterscheiden sich je nach Kanton erheblich.

Das Thema Kopftuchverbot an Schulen erreicht den Kanton Zürich. Und es wird konkret.

Am Montag hat die SVP im Kantonsrat eine Motion eingereicht. Diese fordert, «das Tragen von Kleidungsstücken, die den Kopf von Frauen und Mädchen aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen bedecken», an öffentlichen Schulen zu untersagen.

Das Volksschulgesetz orientiere sich an christlichen, humanistischen und demokratischen Wertvorstellungen, argumentiert die Partei. «Muslimisch begründete Kopfbedeckungen widersprechen diesen Werten.» Die Kopftücher würden oft nicht freiwillig getragen und seien Ausdruck von Diskriminierung von muslimischen Frauen und Mädchen, heisst es weiter.

Auf andere Glaubensgemeinschaften als den Islam zielt die SVP nicht. Symbole und Kleidungsstücke von anderen Religionen könnten nicht mit dem muslimischen Kopftuch verglichen werden, schreibt die Partei. Denn Letzteres sei nur für Mädchen und Frauen vorgesehen. Die SVP stellt klar: Es geht ihr um Kopftücher für Schülerinnen wie für Lehrerinnen.

## Lehrerin mit Kopftuch in St. Gallen gekündigt

Kürzlich hatte ein Kopftuchfall im Kanton St. Gallen für Aufmerksamkeit gesorgt. Die Schulgemeinde Eschenbach stellte eine junge Primarlehrerin ein, die mit Kopftuch unterrichten wollte.

Als aber Eltern protestierten, wurde der Frau noch vor Antritt der Stelle gekündigt. Die Muslimin hat inzwischen eine Stellvertretung im Kanton Luzern angetreten. Zu dieser Zeitung sagte die bayerische Konvertitin: «Was ich trage, ist Privatsache.»



«Was ich trage, ist Privatsache», sagt die muslimische Lehrerin, die in Eschenbach SG wegen ihrer Kopfbedeckung nicht eingestellt wurde.

Foto: Madeleine Schoder

Der Fall Eschenbach hatte politische Folgen. Im St. Galler Kantonsparlament fordern 50 Parlamentsmitglieder von SVP, Mitte, SP,

FDP, GLP und EDU per [Motion ↗](#) ein Kopftuchverbot für Lehrpersonen. Der Vorstoss hat also gute Chancen.

## Wildwuchs beim Kopftuchverbot

Die Frage der Kleiderordnung an den Schulen ist kantonal geregelt. Der Kanton Zürich kennt keine Vorschriften für Kleidung – es sei denn, diese sei anstössig oder etwa mit rassistischen oder sexistischen Aufdrucken versehen. Wesentlich sei, dass die Lehrpersonen «im Unterricht bei religiösen und weltanschaulichen Fragen eine neutrale Haltung einnehmen», schreibt die Bildungsdirektion auf Anfrage. Im Einzelfall sei abzuwägen, wie die Glaubens- und Gewissensfreiheit der Lehrperson gegenüber dem Gebot, dass sich die Schule religiös neutral verhalten muss, zu gewichten sei.

Die Kantone Bern und Schwyz ihrerseits kennen ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen. Für die Schülerinnen gilt es aber nicht.

Im sankt-gallischen St. Margrethen wiederum wurde einer muslimischen Schülerin verboten, in der Schule das Kopftuch zu tragen. Die junge Bosnierin [erstritt sich dieses Recht 2015 vor Bundesgericht](#). Dieses kam im [Urteil ↗](#) zum Schluss, in St. Margrethen fehlte das öffentliche Interesse, das ein Verbot rechtfertigen würde.

Dasselbe Bundesgericht hatte das Kopftuchverbot für Staatsangestellte im Kanton Genf nach einer Beschwerde einer Lehrerin 1997 als zulässig erklärt, wobei das Gericht klar festhielt, dass es dazu eine kantonale gesetzliche Regelung brauche. Genf erklärt sich nach dem Vorbild Frankreichs als laizistisch. Das Nachbarland kennt eine strikte Trennung von Staat und Religion. Seit über 20 Jahren ist jegliches Tragen von Kopftüchern an Schulen verboten.

## Politisches Signal vs. Religionsfreiheit an Schulen

Die Sache ist also vertrackt. Das zeigt sich auch in den ersten Reaktionen der Zürcher Parteien.

EVP-Kantonsrat Markus Schaaf umschreibt das Spannungsfeld so: Das Kopftuch sei «einerseits ein politisches und kulturelles Signal, das unseren westlichen Werten widerspricht», wie er sagt. «Andererseits ist die Religionsfreiheit ein hohes Gut.» Die EVP habe ihre Position zur SVP-Motion noch nicht definiert.

«Es kann nicht sein, dass man sich auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit beruft, um Unterordnung und Diskriminierung zu rechtfertigen», erwidert SVP-Fraktionspräsident Tobias Weidmann.

Dies wiederum will die SP nicht stehen lassen. «Die Motion der SVP gaukelt vor, sich für Frauen- und Mädchenrechte einzusetzen, obwohl es nur darum geht, antimuslimische Ressentiments zu schüren», sagt SP-Fraktionschefin Sibylle Marti. Die SVP bewirtschafte ein Problem, das es gar nicht gebe. Aus der Bildungsdirektion höre man nämlich, sagt Marti, dass es an Schulen äusserst selten Konflikte mit dem Umgang mit religiösen Symbolen gebe.

Ausserdem sei ein Verbot – ob Kopftuch, Kreuz oder Kippa – nicht verfassungskonform. Eine der grössten Gefahren für die Gleichstellung der Geschlechter gehe aktuell «von rechten Influencern wie Andrew Tate aus, die von SVP-Vertretern immer wieder abgefeiert werden», wie die SP-Politikerin sagt. «Hier zeigt sich die ganze Doppelmoral der SVP.»

Die Grünen wiederum lehnen ein Kopftuchverbot klar ab. «Wir plädieren für religiöse Toleranz statt Ausgrenzung an der Schule», sagt Fraktionspräsident Thomas Forrer.

Gemäss der AL gehe es der SVP bloss um Symbolpolitik. Fraktionschefin Judith Stofer lässt aber durchblicken, dass die Kopftuchfrage «aus feministischer Perspektive» ambivalent ist. Die AL habe noch keine fundierte Haltung dazu.

## **SVP-Motion stürzt Parteien in Dilemma**

Noch nicht gefestigt sind die Meinungen in den anderen Parteien. Im Fokus steht etwa die Mitte. Als die Partei noch CVP hiess, forderte sie in einem Grundsatzpapier ein Kopftuchverbot an Schulen. Mitte-Nationalrätin Marianne Binder verlangte später – unterstützt von Ratskolleginnen der SVP, FDP und EVP – ein Verbot von Kinderkopftüchern an Schulen. Das hat der Bundesrat kürzlich abgelehnt. Die Zürcher Mitte-Fraktionschefin Marzena Kopp wiederum sieht ein Kopftuchverbot «eher kritisch», wobei die Fraktion noch beraten müsse.

«Aus liberaler Sicht» und wegen der Glaubens- und Gewissensfreiheit sieht auch die FDP ein Verbot kritisch. «Zugleich stellen wir uns gegen jegliche Diskriminierung und Unterdrückung, religiöser Herkunft oder nicht», sagt Fraktionschef Claudio Zihlmann. Man werde die Motion eingehend diskutieren. Ähnlich äussert sich GLP-Fraktionspräsidentin Christa Stünzi. Sie sieht verschiedene Grundwerte im Konflikt, etwa den Schutz der Privatsphäre versus die «Abwehr von patriarchalen Strukturen».

Im Zürcher Kantonsrat könnte es also noch spannend werden.